

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften**

– Drucksache 16/7686 –

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

– Drucksache 16/8533 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Helmut Lamp
Hans Eichel
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Diether Dehm
Rainer Steenblock

Es ist verabredet, hierzu eine Dreiviertelstunde zu debattieren. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile das Wort dem Kollegen Axel Schäfer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ratifizierung des EU-Eigenmittelbeschlusses ist Angelegenheit unseres nationalen Parlaments, des Deutschen Bundestags. An dieser Stelle wird auch deutlich, dass wir in dieser Europäischen Gemeinschaft in Zukunft eine wichtige Aufgabe wahrzunehmen haben, und das tun wir heute.

- (B) Für uns ist das ein wichtiger Tag. Es ist faktisch der Abschluss der deutschen Ratspräsidentschaft. In dieser Präsidentschaft haben wir einen Kompromiss zustande gebracht, der jetzt umgesetzt wird. Es handelt sich um einen Kompromiss, der von allen 27 EU-Staaten getragen wird und der Deutschlands Haushalt um 1 Milliarde Euro entlastet. Das ist ein Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft; das ist auch ein Erfolg dieser Regierungskoalition.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wissen, dass in der Zukunft zugleich darüber diskutiert werden muss, wie es auf der einen Seite mit den Einnahmen und auf der anderen mit den Ausgaben aussieht. Was die Einnahmeseite angeht, stellt sich die Frage: Schaffen wir tatsächlich ein hohes Maß an Gerechtigkeit und ein transparenteres System, oder verharren wir in einer Situation, in der bestenfalls noch Fachleute etwas verstehen, etwa weil es um Rabatte oder um Rabatte von Rabatten geht? Auf der Ausgabenseite, auf der Europa ganz überwiegend Struktur- und Agrarpolitik betreibt, werden die Subventionen mit den Aspekten Gerechtigkeit und natürlich auch Nachhaltigkeit verbunden.

Was wir jetzt machen, bezieht sich auf die Periode bis 2013. Zu Recht hat die EU-Kommission eine Überprüfung angesetzt, wie damit in der nächsten Finanzierungsperiode 2014 bis 2018 – sie wird nur fünf Jahre lang sein – umgegangen werden sollte. Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern dazu einen Beschluss gefasst, den ich den geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Hauses zur Lektüre empfehle, weil er wirklich wegweisend ist. Wir heben dort nämlich auf drei zentrale Punkte ab: Wir

- (C) brauchen eine weitere Reform der gemeinsamen Agrarpolitik – dies wird sicherlich im Mittelpunkt stehen –, eine Abschaffung des Britenrabattes, also mehr Gerechtigkeit und Nachvollziehbarkeit, und letztlich eine Stärkung des europäischen Eigenmittelsystems.

Wer mit Blick auf Europa über Zahlen und Preise redet, muss sie auch kennen. Der Bundeshaushalt hat ein Volumen von 283 Milliarden Euro, der europäische Haushalt nur von 129 Milliarden Euro pro Jahr. Daran wird die Relation dessen klar, was wir in Europa können und was wir auf nationaler Ebene tun müssen. Dabei ist uns folgender Punkt wichtig: Der Parlamentarismus in Europa steht heute auf der Tagesordnung, nicht zuletzt wegen der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon. Dazu gehört auch das alte parlamentarische Selbstverständnis, das noch aus der glorreichen amerikanischen Revolution von 1776 resultiert: „no taxation without representation“, auf Deutsch: keine Steuererhebung, wenn nicht zuvor die Volksvertretung damit befasst war. Nun sind wir in Europa in einer etwas anderen Situation. Wir haben ein Europäisches Parlament, das zu Recht argumentiert: „no representation without taxation“, das also die Frage stellt, wie es mit einer eigenen europäischen Steuer aussieht. Ich sage es hier ganz offen: Niemand, weder die Kommission noch, wie ich vermute, eine der beteiligten Parteien, hat bisher eine Lösung für dieses Problem gefunden, die mehr Gerechtigkeit schafft und zugleich dem heute leider noch üblichen Steuerwettbewerb zwischen Nationalstaaten entgegenwirkt, der dazu führt, dass große Unternehmen versuchen, an der Schraube so lange zu drehen, bis immer weniger Steuern fließen, wodurch auch der europäische Wohlfahrtsstaat, auf den wir alle aufbauen, infrage gestellt wird.

(D) Dieser Aufgabe werden wir uns stellen müssen; die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm gerade dazu verpflichtet. Dies wird nicht nur von der SPD, sondern von uns allen geleistet werden müssen; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen hier vor einer doppelten Aufgabenstellung: Mit der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon stärken wir den Deutschen Bundestag in seinen europäischen Rechten und Pflichten zugleich. Wir müssen also aus deutscher Sicht auf diese europäische Finanzfrage eine Antwort geben, weil auch nach Lissabon diese Dinge noch der Ratifizierung hier bedürfen. Entscheidungen über Steuern verbleiben beim Prinzip der Einstimmigkeit. Das heißt für uns alle, soweit wir in Europa gemeinsam Verantwortung tragen wollen, was wir in der nächsten Woche hier sicherlich auch zeigen werden, dass dies in unseren europäischen Parteifamilien eine wichtige Aufgabenstellung sein wird. Deshalb sage ich bei dieser europäischen Finanzdebatte heute: Machen wir uns an die Arbeit!

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Michael Link hat jetzt das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

(A) **Michael Link** (Heilbronn) (FDP):

Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Heute, zwei Jahre und zwei Monate nachdem sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel in nächtlicher Sitzung auf die Eckpunkte der Finanziellen Vorausschau geeinigt haben, kommen wir endlich zur Ratifizierung und setzen das um, was damals beschlossen wurde.

Wenn ich „endlich“ sage, dann nicht, weil ich es nicht erwarten konnte und es fantastisch fand, sondern weil ich damit darauf hinweisen will, dass wir ein legitimatorisches Problem haben. Wir entscheiden über erhebliche Beträge. Wenn wir den deutschen Beitrag auf sieben Jahre hochrechnen, dann stellen wir fest, dass es sich um über 172 Milliarden Euro handelt. Diese Summe ratifizieren wir auf einen Schlag – ex post.

Wir wissen doch alle, dass wir die Entscheidung de facto nur abnicken können, dass wir heute de jure zustimmen müssen. Damit meine ich nicht etwas Despektierliches, sondern ich frage mich, wie wir etwas im Nachhinein ändern können, was schon in Kraft ist. Formal wird es natürlich rückwirkend in Kraft gesetzt, aber auf der Ausgabenseite ist es bereits wirksam. Wir dürfen nicht vergessen, dass sämtliche Förderprogramme auf der Ausgabenseite bereits laufen; das haben wir als Finanzielle Vorausschau beschlossen. Wir beschließen heute im Nachhinein über die Einnahmeseite. Das passt doch nicht zusammen.

Deshalb hat Kollege Schäfer völlig recht, wenn er sagt: Wir müssen als Bundestag unsere Rechte ernst nehmen. Wir können das jetzt, und das sollte unser Anspruch an uns sein.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir können das, weil wir jetzt – im Gegensatz zu früher – nach Art. 23 Abs. 3 GG tatsächlich Stellungnahmen abgeben können, die unsere Minister mandatieren, bevor haushaltswirksame Entscheidungen in Brüssel getroffen werden.

Dazu muss es wirklich kommen – das ist die Forderung, die wir als FDP erheben –: Europäische Haushaltsbeschlüsse – bei der Einnahmeseite und indirekt auch bei der Ausgabenseite sind wir als Bundestag voll im Boot – müssen wir genauso ernst behandeln, als wenn es sich um einen Einzelplan im Bundeshaushalt handeln würde. Das ist der Anspruch, den wir an uns selbst haben müssen. Wenn unser EU-Beitrag ein Einzelplan wäre, wäre es der fünfgrößte im Bundeshaushalt.

Wir ratifizieren ohne wirkliche, Streitige Diskussionen auf einmal im Nachhinein für sieben Jahre. Wir können es heute – das stelle ich fest – leider eben nur abnicken. Wir sind nicht wirklich dagegen; auch die FDP ist für eine solide finanzierte Europäische Union und auch eine gut finanzierte Europäische Union. Wie soll man aber heute noch Nein sagen und etwas an einem Beschluss ändern, den die Exekutive quasi freihändig verhandelt hat?

Es gibt Schatten, aber auch Licht, das heißt positive Aspekte bei diesem Beschluss. Das BMF und auch die Bundeskanzlerin haben ausgehandelt, dass wir unter

dem Strich durchaus etwas weniger bezahlen. Dies geschieht aber nicht durch Reformen, sondern durch neue Rabatte, Sonderzahlungen und Tauschgeschäfte hin und her. Das ist nicht die Art von Transparenz auf der Einnahmeseite, die wir haben wollen.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen nicht Rabatte hin und her, sondern ein transparentes und gerechtes Einnahme- bzw. Finanzierungssystem der EU, das den einzelnen Mitgliedstaaten die Möglichkeit gibt, nach ihrer Leistungskraft zu den Eigenmitteln der EU beizutragen.

Für uns ist ganz klar: Mit dem Eigenmittelbeschluss, den wir heute ratifizieren, wird sehr kurz gesprungen. Im Prinzip werden wieder nur Tausch- und Koppelgeschäfte gemacht. Die Rabatte sind schon angesprochen worden. Dass auch Deutschland einen massiven Rabatt erhält – darüber hinaus die Niederlande, Schweden, Österreich, also eben nicht nur Großbritannien –, sei hier nur erwähnt.

Wir als Deutsche sparen bei den Mehrwertsteuerabführungen noch einmal ordentlich. Aber das sind ebenfalls Geschäfte und Gegengeschäfte. Wir brauchen in der Bundesrepublik, aber auch in den anderen Mitgliedsländern eine Beitragszahlung, die an das Bruttonationaleinkommen gekoppelt ist. Notwendig ist der Verzicht auf die Mehrwertsteuerabführungen. Das ließe einen verzerrungsfreien Haushalt auf der Einnahmeseite zu. Dafür, dass es in diese Richtung geht, werden wir uns als Liberale bei der anstehenden Finanzrevision einsetzen.

Wenn ich sage, dass wir uns als Liberale dafür einsetzen werden, dann meine ich die Liberalen in Berlin und in Brüssel. Von den Kollegen der SPD und in dem Fall sogar von der CDU/CSU im Haushaltsausschuss höre ich, dass man gegen eine EU-Steuer ist. Gleichzeitig höre ich aus der EVP, auch von deutschen Abgeordneten, Stimmen dafür. Nun ist innerparteilicher Pluralismus sicherlich nichts Schlechtes, aber hier geht es um eine Position, zu der wir klar sagen müssen, was wir wollen.

(D)

Wir als FDP sagen klar, dass eine EU-Steuer zur Erzielung von Einnahmen kein Fortschritt wäre, dass sie im Hinblick auf die Probleme der Intransparenz und Kompliziertheit der Verhandlungen nichts brächte; im Gegenteil. Die Nettozahlerdebatte bekämen wir dadurch nicht vom Tisch. Die Nettozahlerdebatte bekommen wir nur vom Tisch, wenn wir beim Subventionsdschengel aufräumen und nicht weiter einen Großteil des EU-Haushalts in den Agrar- und Strukturfonds vergraben.

Wir als FDP sind nicht gegen Solidarität. Die ist im EU-Vertrag enthalten und soll auch dort enthalten bleiben. Dazu stehen wir. Wenn aber die Länder oder die Empfänger von Struktur- und Kohäsionsfonds die Mittel oft nicht dazu benutzen, sich von den Subventionen unabhängig zu machen, dann wird Solidarität pervertiert. Aus unserer Sicht muss zu einem wirklich guten und neuen Eigenmittelbeschluss in Zukunft dazugehören, dass Struktur- und Kohäsionsfonds auf europäischer Ebene befristet sein müssen und dass Empfänger von Subventionen auf europäischer Ebene nicht dauerhaft

Michael Link (Heilbronn)

- (A) gefördert werden können. Das fordern wir. Die Haushaltsrevision steht nächstes Jahr mit ersten Entscheidungen an. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Diesen Einstieg müssen wir machen. Sonst werden wir weiterhin 80 Prozent des EU-Haushalts für Subventionen ausgeben.

(Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da bin ich aber gespannt, wie das im Agrarhaushalt gehen soll!)

– Ja, das ist sicherlich schwierig, Herr Steenblock. Ohne große und klare Ziele kommen wir hier aber nicht weiter. Wie aktuell die Gefahr einer bevorstehenden EU-Steuer im Übrigen ist, weist nicht nur Ihr Parteiprogramm auf. Ich verstehe durchaus Ihr Anliegen. Ich glaube nur nicht, dass es ein tauglicher Weg zum Ziel transparenter EU-Finzenzen ist.

Vorgestern hat die französische Ministerin für Wirtschaft und Finanzen erklärt, dass ein Hauptziel der französischen Präsidentschaft sei, während der französischen Präsidentschaft nicht nur eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer zu erreichen, sondern bereits den Einstieg in einen Hebesatz der EU am nationalen Körperschaftsteuereinkommen, der dann vom Europäischen Parlament und vom Rat beschlossen werden solle. Das ist der Einstieg in die EU-Steuer. Wenn wir damit anfangen, dann wünsche ich viel Spaß dabei. Das führt nicht zu mehr Transparenz. Das führt genau in die falsche Richtung.

- (B) Kolleginnen und Kollegen, die FDP wird sich heute bei diesem Eigenmittelbeschluss enthalten. Dieser Eigenmittelbeschluss birgt sicherlich auch einige Fortschritte, aber hinsichtlich des Verfahrens und des Inhalts können wir so keinen Blankoscheck erteilen. Die Bundesregierung wird uns aber immer an ihrer Seite haben, wenn es darum geht, den Haushalt wirklich konsequent zu reformieren, und zwar in einer Art und Weise, die den Steuerzahler nicht belastet, sondern die ihn entlastet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die CDU/CSU-Fraktion spricht jetzt der Kollege Helmut Lamp.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Helmut Lamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege von der FDP hat gerade eben gesagt, wir seien heute nur zum Abnicken eines Gesetzentwurfes hier. Dazu muss ich sagen: Wir nicken nicht ab, sondern wir stehen voller Überzeugung und aus ganzem Herzen zu diesem Gesetzentwurf. Dieser Gesetzentwurf verdient es nicht, dass man ihn marginalisiert. Denn wer hätte vor wenigen Jahren gedacht, dass wir heute über einen solchen Gesetzentwurf mit diesen Ergebnissen abstimmen können?

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Sie hören schon, dass die CDU/CSU-Fraktion diesem Gesetzentwurf aus ganzem Herzen zustimmen wird. Das heute zu beschließende neue Eigenmittelsystem der EU ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber dem bisherigen Eigenmittelbeschluss aus dem Jahr 2000. Der heutige Beschluss hat das Ziel, das Finanzregime der Europäischen Union von 2007 bis 2013 zu reformieren und eine gerechtere Verteilung der Lasten innerhalb der Europäischen Union zu erreichen. Ich denke, dass die gerechtere Verteilung der Lasten mit dem Ziel, dass kein Mitgliedstaat – gemessen am relativen Wohlstand – unangemessen hohe Haushaltsbelastungen zu schultern hat, ein ganzes Stück vorangekommen ist.

Basis des jetzigen Eigenmittelbeschlusses sind die Ergebnisse der sehr erfolgreichen Tagung des Europäischen Rats im Dezember 2005, bei dem die damals gerade frisch ins Amt gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel ein andauerndes Gefeielsche um die Mittelverteilung durch geschicktes Verhandeln hat beenden können. Die Kontroversen zwischen den Franzosen und den Briten über die gemeinsame Agrarpolitik und über den Rabatt für Großbritannien wurden durch geschickte Kompromissvorschläge der Kanzlerin entschärft. Natürlich sind wir mit dem Verhandlungsergebnis insofern nicht zufrieden, als – wie die FDP sagt – alle Rabatte hätten abgeräumt werden müssen. Das war offensichtlich nicht zu erreichen. Wir sind aber ein großes Stück weitergekommen. Die sechs großen Nettozahler der Union, Deutschland, Frankreich, England, die Niederlande, Schweden und Österreich, erhalten einen Ausgleich bei der Zahlung der Eigenmittel.

(D) Ganz wichtig ist auch: Wir haben den Finanzrahmen auf 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens begrenzen können. Das sind gut 864 Milliarden Euro und nicht, wie ursprünglich von der Kommission geplant, über 1 000 Milliarden Euro, genau 1 025 Milliarden Euro.

Unter dem Strich überweist die Bundesregierung durchschnittlich 1 Milliarde Euro pro Jahr weniger an die EU. Das ist ein tolles Ergebnis für uns, insbesondere auch mit Blick auf unsere Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushaltes. Das Ungleichgewicht in der Belastung bei den Nettozahlern wurde deutlich reduziert. Italien und Frankreich sind nämlich verpflichtet worden, deutlich mehr zum EU-Haushalt beizusteuern. Ihr Nettohaushaltsbeitrag wurde erhöht, und der deutsche Beitrag ist dementsprechend angepasst worden.

In diesem Kontext – ich habe das schon erwähnt – ist es unbefriedigend, dass der Beitragsrabatt der Briten, den Margaret Thatcher 1984 mit der berühmten Forderung: „I want my money back!“ durchgedrückt hatte, nicht noch weiter abgeschmolzen werden konnte. Aber die Absenkung der Beitragskorrektur für Großbritannien, immerhin bis zu einem Betrag von 10,5 Milliarden Euro bis 2013, können wir wohl schon als einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Britenrabatt ansehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sehe den Kompromiss, der hier erreicht wurde und der so in dieser Form gar nicht erwartet wurde,

Helmut Lamp

- (A) durchaus als einen Einstieg in eine künftig gerechtere Beitragsregelung. Hierbei wird es darum gehen – wie der FDP-Kollege es hier angedeutet hat –, das Beitragssystem zu verbessern und mehr Licht in das Dunkel einzelner Sondervorteile zu bringen, um sie dann abzuschmelzen.

Wie soll es weitergehen? Das derzeitige Finanzsystem der EU steht auf dem Prüfstand. Bis Mitte des Monats werden dazu erste Vorschläge von den Mitgliedstaaten erwartet. Hierzu möchte ich einige grundsätzliche Gedanken äußern.

Das neue, erweiterte Vertragswerk, nämlich der Vertrag von Lissabon, der ja gestern von Österreich ratifiziert wurde und mit dem wir uns ja auch bald wieder beschäftigen werden,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kriegt die Große Koalition gar nicht hin!)

eröffnet erstmals die Chance, die europäische Teilung zu überwinden und nunmehr alle 27 Mitgliedstaaten für die zukünftigen Herausforderungen fit zu machen. In der künftigen Finanzierungsplanung sollten vorrangig Mittel für die Bewältigung der künftigen Herausforderungen und Aufgaben eingestellt werden. Die Gründerväter der EU

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Und Mütter!)

- (B) wussten ja noch nichts von Klimaveränderungen, von der globalen Vernetzung, von den Gefahren des Terrorismus und von den demografischen Problemen. China und Indien waren zu der Zeit, als sich die EU im Gründungsstadium befand, Entwicklungsländer und nicht die Wirtschaftsmächte, die sie heute sind.

Die Deutsche Bahn hat mit Blick auf kommende Entwicklungen in diesem Jahr erstmals einen Güterzug von Peking nach Hamburg fahren lassen und geprüft, wie die Verbindung nach Peking zu optimieren ist. Hier deuten sich ganz neue Dimensionen globalen Handels an. Wir müssen uns den enormen wirtschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung, die sich ja weiterhin abzeichnen, stellen – das tun wir ja auch schon – und für die europäische Wirtschaft die erforderlichen Rahmenbedingungen setzen.

Bei der Bewältigung der Herausforderungen und der Aufgaben der Zukunft dürfen wir nicht die Emotionen und die Empfindlichkeiten der EU-Bürger außer Acht lassen. Die Europäer sollten sich künftig stärker mit ihrem Haus identifizieren können: mit einem gemeinsamen Haus mit 27 unterschiedlichen Zimmern, einem Haus, in dem das europäische Heimatgefühl noch eher unterentwickelt ist. Europa ist einmalig und liebenswert aufgrund seiner regionalen Vielfalt. Die Vielfalt der ländlichen Kulturen spiegelt sich in den unterschiedlichen Sprachen, Dialekten, dem unterschiedlichen Brauchtum und den in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaften wider. Diese Vielfalt ist ein Stück Lebensqualität, die gefährdet ist, aber die Touristen aus Amerika und Asien sehr wohl zu schätzen wissen und mittlerweile bei uns suchen. Diese typisch europäische

- kulturelle Vielfalt muss in die Zukunft gerettet werden. Sie muss in notwendige, die Globalisierung bedenkende Initiativen eingebettet werden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ich von „eingebettet“ spreche, dann bedeutet das, dass auch für den ländlichen Raum entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist richtig, dass wir den Agrarhaushalt dann, wenn es an der Zeit ist, auf den Prüfstand stellen müssen. Aber die zeitlichen Zusagen, die bestehen, können wir nicht kurzfristig über den Haufen werfen und damit die Glaubwürdigkeit der Politik infrage stellen. Während der derzeit stattfindenden Haushaltsüberprüfung können wir zwar Korrekturen vornehmen; aber wir sollten in dieser Zeit, wenn wir die Glaubwürdigkeit der Politik erhalten wollen, die Agrarreform in der derzeitigen Form nicht als Ganzes infrage stellen.

Damit sind wir wieder beim EU-Haushalt. Bis Mitte April müssen die nationalen Regierungen, wie ich schon sagte, der Kommission Vorschläge machen, wie die EU-Ausgaben ab 2014 finanziert werden sollen.

Ich fasse kurz zusammen: Es ist richtig, was schon gesagt wurde: Beim Beitragsanteil der Mitgliedstaaten sollte auch in Zukunft 1 Prozent des Nationaleinkommens nicht überschritten werden. Ich teile die Bedenken gegenüber einer EU-Steuer.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, seien Sie so nett und kommen Sie zum Ende. (D)

Helmut Lamp (CDU/CSU):

Wir sollten die Rabatte abschaffen. Ein solider Haushalt schafft Vertrauen.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Für die Linke spricht der Kollege Dr. Diether Dehm.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zwar punktuelle Übereinstimmungen, aber eine ganz andere Draufsicht. Der ganze Ratsbeschluss wurde einseitig unter dem Gesichtspunkt finanzieller Forderungen der einzelnen Mitgliedstaaten und nicht unter dem einer sinnvollen finanzpolitischen Ausrichtung der EU getroffen.

Gebraucht werden dagegen der Umbau der Verkehrssysteme sowie der Energieversorgung, der Ausbau von sozialem Wohnraum gegen eine zunehmende Verwahrlosung ganzer Stadtteile in fast allen Metropolen Europas, soziale Stadterneuerung und der Ausbau der Bildungs- und Weiterbildungsinfrastrukturen in den Mit-

Dr. Diether Dehm

- (A) gliedstaaten. Nur das sichert Zukunft, und das alles schafft neue Arbeitsplätze.

Ein besonderer Schwerpunkt sollte der Kampf gegen die Armut sein. Laut Bureau of European Policy Advisers sind in der EU über 100 Millionen Menschen – das ist fast jeder siebte – von Armut betroffen oder bedroht. 25 Prozent aller Kinder in der EU sind arm. Deshalb fordert die Linke konkrete europaweite Programme gegen diesen Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Interview von Finanzstaatssekretär Thomas Mirow am 31. März zeigt deutlich, dass die Bundesregierung in der Frage des Eigenmittelbeschlusses nicht seriös argumentiert; denn er sagt dort, das Festhalten an der geltenden 1-Prozent-Regelung führe bis 2020 zu einem Anstieg des Haushaltsvolumens um 40 Prozent. Rein technisch stimmt das. Gleichzeitig verschweigt er, dass das nur funktionieren kann, wenn das Bruttonationalprodukt der EU bis 2020 auch um 40 Prozent steigen würde.

Der tatsächliche Haushalt der EU liegt weit unterhalb einer strukturpolitisch vernünftigen Größe. In der interinstitutionellen Übereinkunft vom Mai 1999 wurde für den Zeitraum bis 2006 für die EU-Ausgaben eine Obergrenze von 1,27 Prozent des EU-BIP festgelegt. Schon dies war bei weitem zu niedrig. Mit der jetzigen Festlegung der Eigenmittelobergrenze auf 1,24 Prozent des gesamten Bruttonationalprodukts wurden die Eigenmittel für die EU noch einmal eingeschränkt. Wenn sich gleichzeitig die Bundeskanzlerin dafür feiern lässt, dass sie die tatsächliche Eigenmittelfestschreibung des EU-Haushalts auf 1 Prozent des Bruttonationalprodukts durchgesetzt hat, wird diese Fehlhaltung deutlich.

- (B)

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wer hat es denn geschrieben? Ihre Fraktion?)

Wir sind der Überzeugung, dass eine Erhöhung der Eigenmittel der EU eine Demokratisierung der Strukturen und Verfahren der europäischen Institutionen bedingt. Jegliche Ausgaben auf EU-Ebene für die Verteidigungsagentur, für die schrittweise Verbesserung der militärischen Kapazitäten, wie es in dem unsäglichen Lissabon-Vertrag heißt, lehnen wir und die Mehrheit der Deutschen ab. Deswegen fürchten Sie ja auch eine Volksabstimmung über den Lissabon-Vertrag.

(Beifall bei der LINKEN)

Für uns ist die Aufrechterhaltung des 1985 eingeführten Haushaltskorrekturmechanismus nicht akzeptabel, der dem Vereinigten Königreich einen Rabatt auf seine Beitragszahlungen einräumt und Großbritannien 66 Prozent seines Nettosaldo erstattet. Zwar wird durch die neue Regelung der Ausgleichsaldo progressiv gemindert, aber das grundsätzliche Problem von Sonderregelungen für einzelne Mitgliedstaaten nicht gelöst. Die Linke tritt dafür ein, dass alle Ausnahmeregelungen schnellstmöglich abgeschafft werden. Die EU muss zu einer verlässlichen, transparenten Finanzierung kommen und nicht den Eindruck eines Basars erwecken.

Die Finanzierung der EU mit der Festschreibung eines gleichen Anteils am Bruttonationalprodukt wäre nichts anderes als gerecht. Gleichzeitig haben wir uns immer gegen die Vereinfachung gewehrt, lediglich über Nettozahler und Nettoempfänger zu sprechen. Das hat zwei Gründe: Zum einen setzt eine solidarische Entwicklung unterschiedlicher regionaler Räume voraus, dass die stärkeren Bereiche einen Beitrag dazu leisten, dass sich die schwächeren Regionen entwickeln können. Aufgrund der Exportstärke Deutschlands fließt massiv Geld aus der EU nach Deutschland zurück – nicht in die Portemonnaies der Mehrheit der Menschen, aber in die Konzernkassen. Deswegen ist immer die Frage, Kollege Link, welche Steuerzahler Sie entlasten wollen. Somit ist eine Nettozahlerrolle automatisch vorgegeben.

(C)

Zum anderen entsteht die Nettozahlerposition Deutschlands durch die problematische EU-Ausgabenstruktur. Solange weiterhin etwa 40 Prozent der Gemeinschaftsausgaben für die Landwirtschaftspolitik verwendet werden, ist doch klar, dass ein hoch industrialisiertes Land wie das unsrige mit einem Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt von 1,1 Prozent weniger von diesem Ausgabenbereich profitieren kann.

Wir halten mehr Entwicklung und Innovation der ländlichen Räume für zukunftsweisend.

Den vorliegenden Gesetzentwurf der Bundesregierung lehnen wir aus all diesen genannten Gründen ab.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wer war der Autor? Wer hat es geschrieben?)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Rainer Steenblock das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Dehm an einer Stelle ausdrücklich zu: Die Debatte über einen Anteil von 1 Prozent zur Finanzierung ist eigentlich falsch; denn der Kern einer Debatte über die EU-Finzen muss immer die Frage beinhalten: Welche Aufgaben wollen diejenigen, die in Europa zu entscheiden haben – also EP, Ministerrat und die nationalen Parlamente –, Europa übertragen?

(Klaus Hagemann [SPD]: Richtig!)

Das ist die entscheidende Frage. Danach richtet sich die Finanzierung. Europa so zu stricken, dass alle 1 Prozent ihres Haushaltsvolumens geben, ist der falsche Ansatz. Wir müssen vielmehr die übertragenen Aufgaben zum Ausgangspunkt für unsere Überlegungen machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Ich bin mit all denen völlig einverstanden, die sagen, dass man darauf achten muss, dass die Finanzierung gerecht ist und der Wahrnehmung der festgelegten Aufgaben dient. Niemand darf dabei über den Tisch gezogen

Rainer Steenblock

- (A) werden. Natürlich geht es bei Verhandlungen über Haushalte zu wie auf einem Basar. Das ist auch im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nicht grundsätzlich anders. Aber es muss auf der Grundlage von rationalen Kriterien entschieden werden.

Für mich ist der entscheidende Punkt, dass man die rationalen Kriterien in dieser Debatte herausarbeitet. Lieber Herr Kollege Lamp, es geht nicht an, dass man jubelt, wenn es die Bundesregierung beispielsweise geschafft hat, 1 Milliarde Euro aus dem EU-Haushalt wieder in unseren Haushalt zu transferieren. Das ist nicht das richtige Erfolgskriterium. Was wir brauchen, ist eine gerechte Finanzierung. Dazu gehört aber Solidarität. Diether, du weißt auch, wer gesagt hat: „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.“ Das gilt natürlich auch in Bezug auf die Finanzierung der EU. Wie auf nationaler Ebene gilt auch hier das Grundprinzip: Starke Schultern müssen mehr tragen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Es ist falsch, es als Sauerei zu beklagen, wenn wir x Milliarden Euro geben, aber nur y Milliarden Euro herausbekommen. Wir stehen in der Pflicht, mehr Lasten zu übernehmen. Es wäre doch absurd, wenn jemand, der 1 Million Euro Steuern in Deutschland zahlt, fragt, was er vom Staat eigentlich zurückbekomme; wenn jemand sagt, es sei eine Ungerechtigkeit, dass er nur 10 Euro – oder was auch immer – aus den Transferkassen der Sozialsysteme zurückbekomme. Ich kann doch nicht am Ende des Jahres schauen, wie viel ich von dem, was ich in die Gesundheitskasse einbezahlt habe, wieder herausbekommen habe. Das ist eine absurde Diskussion. Dieser Populismus erschwert unser Bemühen, dafür zu sorgen, dass die Menschen Europa als Heimat empfinden. Herr Lamp, ich stimme Ihnen ja zu: Wir brauchen die Identifizierung der Menschen mit Europa. Wenn wir aber argumentieren, Europa kann nicht mit Geld umgehen, deshalb müssen wir das machen, dann machen wir genau das kaputt. Das ist ein Fehler, den wir nicht machen dürfen.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grüne wollen diese Finanzdebatte nutzen, um der Europäischen Union ein ökologisches und ein solidarisches Profil zu geben. Das sind die beiden Herausforderungen. Wir haben heute alle geklatscht, als der ehemalige Justizminister hier die Friedensdividende der EU beschworen hat, was richtig ist. Es gibt aber auch eine ökologische, eine soziale und eine ökonomische Dividende der europäischen Integration. Wir glauben, dass wir dies in der Finanzdebatte deutlich machen müssen.

Das heißt für die Einnahmeseite – darin sind wir uns alle einig –: Ein Anteil des Bruttonationaleinkommens muss eine stabile Säule der Finanzierung sein, weil das ökonomisch gerecht ist. Wir wollen aber eine stärkere Steuerung in Richtung ökologischer und sozialer Gerechtigkeit erwirken. Das heißt zum Beispiel: Wir haben in der Europäischen Union eine Bemessungsgrundlage

- (C) für die Energiesteuer, was die Mineralölsteuer betrifft, vereinbart und Mindeststeuersätze. Wenn wir einen Teil davon für den EU-Haushalt abzweigen würden – also keine neue Steuer erheben würden –, könnten wir dadurch die ökologische Orientierung und Lenkung deutlich machen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist: Wir brauchen eine soziale Komponente. Auch das kann man deutlich machen. Es gibt unterschiedliche Momente. In der Partei der Grünen sind wir uns zum Beispiel darüber einig, dass wir eine harmonisierte Unternehmensbesteuerung in Europa brauchen. Daran arbeiten wir. Das brauchen wir. Über dieses Ziel sind wir uns, glaube ich, einig. Ein Teil des Unternehmensteueraufkommens könnte an die EU fließen, nach dem Motto: Die Kraftzentren Europas finanzieren die EU mit. Ein anderes Beispiel: Die Börsenumsatzsteuer ist aus meiner Sicht eine sehr vernünftige Sache.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Diether Dehm [DIE LINKE])

Mit diesem Instrument könnten wir auf der Einnahmeseite soziale Gerechtigkeit in der Europäischen Union herstellen.

- (D) Es ist klar, dass wir auch eine Debatte über die Ausgaben brauchen. Der Agrarhaushalt und die Strukturfonds sind angesprochen worden. Das System der Verteilung von Finanzmitteln zwischen den reichen Staaten über Strukturfonds halte ich für Quatsch. Mithilfe der Strukturfonds müssen Staaten, die keine ausreichende Infrastruktur haben – es geht auch um die soziale Infrastruktur –, konsequent an den EU-Durchschnitt herangeführt werden. Es ist aber absurd, zwischen den reichen Staaten Infrastrukturkosten hin- und herzuschieben. Deshalb brauchen wir an diesen Stellen Reformen; überhaupt keine Frage.

Wenn es uns aber nicht gelingt, das Profil der Europäischen Union auch im Finanzbereich in Richtung Zukunftsausgaben zu verschieben – Stichworte: Klima, Ökologie und Solidarität im sozialen Bereich –, dann werden wir es nicht erreichen können, dass die Menschen Europa als Heimat empfinden. Dann werden wir auch die Solidarität in Europa verspielen. Ich glaube, wir brauchen auch in der Finanzdebatte diese Kriterien.

Eine letzte Bemerkung: Ich plädiere sehr dafür, dass wir als Parlamentarier des Deutschen Bundestages unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen darauf bestehen, dass das Parlament, die Volksvertretung der deutschen Bürgerinnen und Bürger, die Richtung der Finanzierung der EU beschließt. Wir sollten das nicht der Regierung überlassen. Es ist parlamentarisches Recht des Deutschen Bundestages, über diese Finanzen mitzubestimmen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

(A) Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Klaus Hagemann hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Klaus Hagemann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Vormittag wurde in der Gedenkstunde deutlich gesagt, dass die europäische Einigung alternativlos ist und wir uns auf einem guten Weg befinden. Dazu gehören Herz, Idealismus und Begeisterung. Kühler Verstand, Finanz- und Haushaltspolitik gehören aber auch dazu.

Wichtige Gedanken sind hier schon vorgetragen worden. Ich möchte ebenso wie der Kollege Lamp davor warnen, dass das, was im Jahr 2005 erreicht worden ist und was wir heute ratifizieren, kleingeredet und nicht genügend gewürdigt wird. Wir haben erreicht, dass Deutschland 1 Milliarde Euro weniger zahlen wird. Die Summe entspricht unserem Umwelthaushalt oder 10 bis 11 Prozent des Bildungs- und Forschungshaushalts. Deswegen möchte ich davor warnen, die Erfolge kleinzureden. Wir sollten würdigen, was erreicht worden ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit dem, was in der Agrarpolitik eingeleitet worden ist, sind wir meiner Ansicht nach auf dem richtigen Weg. Den Britenrabatt brauche ich nicht noch einmal zu beleuchten; die Diskussion muss weiter geführt werden.

(B) Der eingeschlagene Weg ist jedenfalls richtig.

Viele Ungerechtigkeiten sind abgeschafft worden; darauf wurde schon hingewiesen. Die EU ist eine Solidargemeinschaft. Betrachten wir einmal Irland: Irland hat sich mit Mitteln aus dieser Solidargemeinschaft weit nach vorne gearbeitet und ist heute aber immer noch Nettoempfänger. Hier müssen und können Ungerechtigkeiten abgeschafft werden. Es ist auch richtig, dass das Bruttonationaleinkommen weiterhin Finanzierungsgrundlage ist. Auch das ist nach unserer Ansicht – ich spreche hier als Haushälter – der richtige Weg.

Herr Dehm, ich darf Sie noch einmal kurz ansprechen. In den letzten Jahren ist gerade auf europäischen Ebenen durch den Lissabon- und durch den Bologna-Prozess Erhebliches in die richtigen Bahnen geleitet worden. Deswegen sollte man das nicht kleinreden, auch Sie von den Linken nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Aber die Kinderarmut wächst!)

Auch das, was wir im Forschungs- und Bildungsbereich durch das 7. Forschungsrahmenprogramm erreicht haben, sollten wir nicht kleinreden. All das wird mit diesen Mitteln finanziert. Mit den starken Schultern, die wir als 80-Millionen-Volk nun einmal haben, tragen wir erheblich dazu bei. Es ist auch richtig, dass wir Solidarität üben.

Die Europäische Union investiert in Frieden und Stabilität. Ich nenne die Gemeinsame Außen- und Sicher-

heitspolitik und den Europäischen Entwicklungsfonds. Wir sollten daran erinnern, dass die Mittel für diejenigen, die unserer Solidarität bedürfen, zur Verfügung stehen. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Erwähnt werden muss noch die Innen- und Sicherheitspolitik. Auch hier sind erhebliche Schritte nach vorne getan worden.

Aber wir wissen auch, dass die Medaille nicht nur die eine Seite hat, von der ich gesprochen habe, sondern auch eine andere. Die fehlende Transparenz im Haushalt ist zu nennen. Es gibt immer noch Schattenhaushalte. Als Haushälter, die wir uns in einem Unterausschuss regelmäßig damit beschäftigen, Kollegen Barthle und Schulte-Drüggelte, müssen wir sagen, dass hier mehr Transparenz gefordert ist. Wir beschäftigen uns in diesem Unterausschuss immer wieder mit Haushaltsausgabenresten, die entstehen und von denen keiner weiß, wie sie weiter verwandt werden. Auch in diese Angelegenheit muss Licht.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Ein weiteres Thema: fehlende Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin. Das muss ein Haushälter hier erwähnen. Wir finanzieren mit unseren Mitteln Doppelstrukturen, die zusätzliche Bürokratie erzeugen. Auch hier müssen Veränderungen geschaffen werden. Wir haben gerade durch den Lissabon-Vertrag die Möglichkeit, Herr Dehm, als nationales Parlament mitzureden und diese Strukturen aufzubrechen. Deswegen wäre es sinnvoll, wenn auch Sie diesem Vertrag zustimmen würden. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich diese Doppelstrukturen, die finanziert werden müssen und Mitarbeiter benötigen, beispielhaft an den Agenturen, die jetzt ständig eingerichtet werden, deutlich machen. Wir haben im EU-Unterausschuss einen von den Grünen gestellten Antrag einstimmig beschlossen. Wir als Koalition haben ihn mitgetragen, weil er vernünftig und richtig ist. Die Zahl der Agenturen ist in den letzten sieben Jahren von zwölf auf 35 gestiegen; das ist fast eine Verdreifachung. Die Zahl der Planstellen für Beamte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von 1 734 auf 4 436 gestiegen. Das müssen wir geißeln; das ist so nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

22 Gemeinschaftsagenturen bestehen. – Jetzt muss ich auf mein Manuskript schauen, damit ich die richtigen Zahlen nenne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Dehm zulassen?

Klaus Hagemann (SPD):

Gerne.

(A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**
Bitte.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Eine abgele-
sene oder eine freie?)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Können Sie sich auch vorstellen, dass wir die Rüs-
tungsagentur streichen?

Klaus Hagemann (SPD):

Die Notwendigkeit dazu sehe ich nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ach so!)

Ich rede jetzt über Agenturen, sehr geehrter Herr Dehm,
bei denen es Doppelstrukturen gibt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Stehenbleiben! –
Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Aufste-
hen!)

Ich möchte meine Antwort auf Ihre Frage noch ergän-
zen. Wir haben 22 Gemeinschaftsagenturen, drei Agen-
turen für Außen- und Sicherheitspolitik, drei Agenturen
für polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Straf-
sachen und vier Exekutivagenturen. Da müssen wir an-
setzen. Dass Sie jetzt aber die Gemeinsame Sicherheits-
und Außenpolitik schlecht reden, die Europa auch stark
macht, Herr Dehm, das akzeptiere ich nicht.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Ein Sozial-
demokrat!)

(B) Wir können hier jetzt keinen Dialog führen. Wir können
uns meinetwegen hinterher noch auf ein Glas Bier zu-
sammensetzen und das noch einmal im Detail diskutie-
ren. Das kann aber nicht hier im Parlament geschehen,
denn die Thematik ist viel zu wichtig.

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Diese Verabredung können Sie vielleicht auch nach-
her konkretisieren, denn sonst kommen womöglich alle
mit.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

Klaus Hagemann (SPD):

Ich möchte noch einmal die Problematik in Bezug auf
die Agenturen darlegen. Sie können sich setzen, Herr
Dehm.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der
CDU/CSU)

In manchen Fällen werden die Aufgaben doppelt erle-
digt; da weiß die eine Agentur nicht, was die andere
macht. Es ist zu fragen, wer die Agenturen überhaupt
kontrolliert. In manchen Fällen arbeiten Mitarbeiter der
Kommission an demselben Thema wie eine, zwei oder
drei Agenturen. Es gibt also genügend Stellen, an denen
gehandelt werden muss und an denen Geld eingespart
werden kann.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: In der Rüs-
tung!)

(C)

– Das gilt nicht nur für die Rüstung, sondern auch für die
Verwaltung und Bürokratie. Wir müssen in Bezug auf
Wachstum, Arbeitsplätze, Bildung und Forschung die
Zukunft im Blick haben. Das sind die Arbeitsbereiche,
bei denen die EU auf dem richtigen Weg ist. Aber der
Weg kann in diesem Fall nicht das Ziel sein. Bei diesen
Prioritäten muss weiterhin gehandelt werden.

Europa zu gestalten heißt, nicht nur mit heißem Her-
zen dabei zu sein, sondern auch mit kühlem Verstand. Es
gehört auch dazu, die Themen hart zu verhandeln, näm-
lich so, wie es bei diesem Vertrag geschehen ist. Deshalb
werden wir als SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf
selbstverständlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat der Kollege Norbert Barthle für die CDU/
CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und
Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir sind jetzt am
Schluss der Debatte zum Beschluss des Rates vom
7. Juni 2007, in dem es um die Neuausrichtung des Sys-
tems der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaft
geht, angekommen. Nachdem wir dieses Thema auch im
Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union des
Haushaltsausschusses ausführlich beraten haben – die
Kollegen Hagemann, Schulte-Drüggelte und Link waren
mit dabei –, haben wir jetzt den Punkt erreicht, an dem
wir dieser Neuausrichtung des Systems der Eigenmittel
guten Gewissens zustimmen können. Nebenbei bemerkt
ist der Begriff „Eigenmittel“ etwas euphemistisch, denn
es sind ja eigentlich Mittel der Nationen.

(D)

Das ist ein guter Tag für Europa und ein guter Tag für
uns. Warum? – Deutschland ist nach wie vor der größte
Zahler in der Europäischen Gemeinschaft. Im Jahr 2007
waren es 23 Milliarden Euro. Wenn man die Rückflüsse
abzieht, bleiben netto immer noch rund 7 Milliarden
Euro übrig. Deshalb haben insbesondere wir Haushälter
ein naheliegendes Interesse daran, dass in diesem Finan-
zierungssystem mehr Gerechtigkeit herrscht.

Es wurde bereits erwähnt, dass es eines der ersten
Meisterstücke von Bundeskanzlerin Angela Merkel war,
diesen Vertrag so auszuhandeln. Der Widerstand war
groß; der Britenrabatt und die französischen Agrarsub-
ventionen wurden erwähnt. Ich will aber noch einmal
betonen, dass das eine hervorragende Leistung von
Angela Merkel war. Denn unter dem Strich kommt dabei
heraus, dass wir von jetzt an bis 2013 Jahr für Jahr eine
Milliarde Euro weniger bezahlen werden. Bis zum Jahr
2013 ergibt das 6 Milliarden Euro, die wir weniger zu
zahlen haben. Diese 6 Milliarden Euro verbleiben im
Bundeshaushalt, reduzieren unsere Schulden und eröff-

Norbert Barthle

- (A) nen neue Spielräume. Das ist die gute Botschaft dieses Tages. In letzter Zeit war in den Medien immer wieder die Rede davon, dass zu viele Ausgaben beschlossen würden. Jetzt können wir auch einmal die Botschaft verbreiten, dass wir weniger Geld ausgeben und deshalb neue Spielräume zur Verfügung haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Gleichzeitig, so denke ich, sollten wir diesen Tag nutzen, um in die Grundsatzdebatte einzusteigen, wie die Finanzierung ab 2013 ausgestaltet werden soll. Hier benennt die CDU/CSU-Fraktion vier Schwerpunkte:

Erstens. Wir sind der Auffassung, dass die Ausgabenobergrenze in Höhe von 1 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens konsequent beibehalten werden soll. Diese Grenze sollte nicht überschritten werden. Warum? Alle Mitgliedstaaten sind derzeit dabei, ihre Haushalte zu konsolidieren, zu sparen und ihre Ausgaben, wo es möglich ist, einzuschränken, weil die finanziellen Ressourcen überall knapper werden. Das darf durch einen Ausgabenzuwachs auf europäischer Ebene nicht konterkariert werden. Daher muss die Ausgabenobergrenze nach wie vor Bestand haben.

Zweiter Schwerpunkt. Kernpunkte der Neuausrichtung müssen sein: Subsidiarität, Effizienz und Sparsamkeit. Im Hinblick auf die Subsidiarität sollten wir vor allem konsequent darauf achten, dass sich sowohl der Europäische Rat als auch das Europäische Parlament auf die Kompetenzen beschränken, die ihnen tatsächlich zugeschrieben sind, statt immer wieder neue Kompetenzen und neue Aufgaben an sich zu ziehen. Denn dadurch kommt es, wie Kollege Hagemann bereits ausgeführt hat, zu Doppelstrukturen. Im Haushaltsausschuss erleben wir immer wieder, dass an verschiedenen Stellen noch erhebliche Sparpotenziale vorhanden sind. Hier muss konsequent weitergearbeitet werden.

- (B) Der dritte Schwerpunkt, den ich anführen möchte, lautet: mehr Transparenz und mehr Beitragsgerechtigkeit. Die Menschen fragen uns: Warum sind wir Deutschen eigentlich die Zahlmeister in Europa? All diejenigen, die Europa gegenüber ein bisschen skeptisch eingestellt sind, äußern diesen Vorwurf immer wieder. Deshalb ist es notwendig, dass wir in diesem Bereich für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Führt man unsere relative Finanzkraft bzw. unsere Wirtschaftskraft ins Feld, stellt man fest, dass Deutschland im Mittelfeld der 27 Mitgliedsländer der EU liegt. Betrachtet man aber unsere Nettozahlerposition, wird deutlich, dass wir an der Spitze aller Mitgliedstaaten liegen. An dieser Stelle muss mehr Gerechtigkeit hergestellt werden, auch um bei den Menschen noch mehr Akzeptanz für Europa zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unsere Forderungen lauten: Alle Sonderregelungen und Rabatte müssen weg, und wir sollten uns konsequent am Bruttonationaleinkommen orientieren. Wenn wir es schaffen würden, die Finanzierung auf dieser

- Säule aufzubauen, dann würde sich ganz von allein mehr Gerechtigkeit ergeben. Dann wäre Europa auch ein Stück weit unabhängiger von den jeweiligen nationalen Mehrheiten, Herr Kollege von den Grünen. Ihr Vorschlag hingegen würde an dieser Stelle eine Gefahr darstellen. Dieses Risiko wollen wir nicht eingehen.

Viertens. Wir treffen die klare Aussage: Wir wollen keine eigene EU-Steuer. Denn eine eigene EU-Steuer würde dazu führen, dass die Haushaltsdisziplin auf europäischer Ebene nachlässt. Bislang kann Europa keine Schulden machen. Das hat sich bewährt. Wir sollten an diesem Prinzip nicht ohne Not rütteln.

Wenn es eine eigene EU-Steuer gäbe, würde sich ein Problem ergeben: Da Steuern schwer abwägbar sind, käme es zu Schwankungen. Um diese Schwankungen auszugleichen, müsste man Schulden aufnehmen. Das wäre der Weg in einen Verschuldungsprozess in Europa. Das wollen wir nicht. Deshalb lehnen wir dieses System ab. Wir sind dafür, das bisherige Stabilität garantierende System zu verändern, indem wir es noch mehr als bisher auf das Bruttonationaleinkommen ausrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Lassen Sie uns diesen Diskussionsprozess jetzt entschieden anstoßen und diesen Vorschlag als die Position Deutschlands in die Diskussion auf europäischer Ebene einbringen. Wir hoffen, dass die Finanzierungsvoraussetzungen ab dem Jahr 2013 noch besser sein werden, als sie es heute sind. Das wäre nicht nur im Sinne Deutschlands, sondern vor allem auch im Sinne von uns Haushaltern.

Ich danke.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zu dem Beschluss des Rates vom 7. Juni 2007 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8533, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 16/7686 anzunehmen. Ich bitte jetzt diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist angenommen mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

(C)

(D)